

Bioökonomie ohne D.A.CH.: Biofuture-Plattform hebt ab

COP22 Ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz haben Mitte November die Umweltminister von 18 Staaten gesetzt. Auf der Weltklimakonferenz in Marrakesch starteten sie das CO₂-Reduktionsprogramm „Biofuture“ für den Transportsektor. Nicht dabei: Bioökonomie-Vorreiter Deutschland, die Schweiz und Österreich.

Das hätte sich Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) nicht träumen lassen. Siegesgewiss hatte sie die Koffer für die Weltklimakonferenz Cop22 in Marrakesch gepackt, um zu verkünden, dass Deutschland bis 2050 jeglichen CO₂-Ausstoß einstellen und so die geschichtsträchtigen Beschlüsse der Vorkonferenz von Paris im Herbst 2015 übererfüllen wird. Doch wenige Tage zuvor passierte das Unglaubliche. Parteikollege Sigmar Gabriel stoppte den ambitionierten Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung. Erhebliche Eingriffe in die Kohleverstromung und Emissionshöchstwerte wollte der Bundeswirtschaftsminister so kurz vor dem Wahljahr nicht mittragen.

Biotechnologie zur Säule des Klimaschutzes erklärt

Den ausgebremsten Umwelttraum in der Tasche erlebte Hendricks auf der Konferenz die nächste Demütigung: Angeführt von Brasilien verkündeten die Umweltminister von 18 Staaten die lang herbeigesehnte multinationale Kooperation in der Bioökonomie. Nicht weniger als die CO₂-Reduktion im Transportwesen – einen der Klimahaupttäter – hat sich das in Marrakesch ausgerufene Biofuture-Konsortium zum Ziel gesetzt. Doch damit nicht genug. Auf Basis von Biosprit der zweiten Generation, vor allem aber mittels biotechnologischer und bioökonomischer Lösungen will das Konsortium mit vereinten Kräften auch die bislang von Erdöl abhängige Chemie- und Plastikwertungskette von Grund auf umkrempeln, um dem Klimagas Einhalt zu gebieten.

Das freut die gemessen am Jahresumsatz der erdölverarbeitenden Plastikindustrie von 400 Mrd. US-Dollar noch infantile Bioplastik-Wirtschaft. „Wir begrüßen die Gründung der Biofuture-Plattform“, so die Sprecherin von European Bioplastics gegenüber *transkript*. „Es ist ein ermutigendes Signal, das zeigt, dass die Regierungschefs das Potential er-

kannt haben, das die Bioökonomie bei der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und der Entkopplung des Wirtschaftswachstums von fossiblen Rohstoffen spielen kann.“ Und weiter: „In einer Zeit anhaltenden Ölpreisverfalls und von Subventionen für die Erdölindustrie ist das ein wichtiges Signal an Investoren und Bioökonomie-Unternehmen.“

Wie wichtig, das zeigt die Mitgliederliste von Biofuture. Mit China und den USA hat Brasilien die globalen CO₂-Haupttäter für den Klimaschutz verpflichtet. Und auch Kanada, Dänemark, Finnland, Schweden, die Niederlande, Italien sowie Frankreich sind neben zahlreichen von der globalen Erwärmung schon jetzt betroffenen Staaten mit dabei. Nur fehlt das Land, das sich gerne selbst als Bioökonomie-Weltmeister und -pionier feiert – Hendricks Land. Und mit Hendricks bestaunten in Marrakesch Österreichs Umweltminister Andrä Rupprechter und die Schweizer Umwelt-Bundesrätin Doris Leuthard die

wortgewaltige Geburt der internationalen Bioökonomie-Allianz. Denn ihre Länder sind alle nicht mit dabei.

„Der Transportsektor ist für 23% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich“, verlautete der Biofuture-Verband kraft eines Positionspapiers. Elektroautos seien nicht genug. Stattdessen müssten „nachhaltige, nicht fossile Alternativen auch in Sektoren wie Schwerlasttransport, Luftverkehr, Plastik- und Chemieindustrie entwickelt und genutzt werden“. Bereits heute ließen sich mit Biosprit der nächsten Generation, aber auch mit Biomaterialien gegenüber den fossilen Mainstreamprodukten 90% der CO₂-Emissionen einsparen. Aber nicht nur der konkurrenzlos billige Zuckerrohr-Biosprit Brasiliens steht im Fokus der Initiative. Die wortgewandt formulierten Ziele könnten aus einer Bioökonomie-Broschüre der Bundesregierung stammen, so verdächtig ähnlich klingen sie. So will das Biofuture-Konsortium:

HINTERGRUND

Im Rahmen der **Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie** Deutschlands empfiehlt der Deutsche Bioökonomierat der Bundesregierung neben drei Querschnittsthemen fünf thematische Handlungsfelder in der zweiten Förderphase von 2017 an weiterzuentwickeln. „Viele richtige Weichenstellungen sind erfolgt, nun gilt es mit ungebrochenem Engagement und Zielbewusstsein die Forschung zur Bioökonomie zu fördern und die Entwicklung von biobasierten Lösungen zur breiten Anwendung zu bringen“, schreiben die 17 Ratsmitglieder um Christine Lang und Joachim von Braun. Ihre Empfehlungen haben sie Ende November veröffentlicht – das Wichtigste in Kürze: Nachhaltige Agrarsysteme und Ernährung bleiben zentrale Handlungsfelder. Als neue Themen empfehlen die Ratsexperten die biobasierte, nachhaltige Stadtplanung und -gestaltung sowie Forschungsprojekte zum Ressourcenschutz im Rahmen der biobasierten Kreislaufwirtschaft. Desweiteren stehen die Erforschung des nachhaltigen Konsums und die Umwandlung und Speicherung von Sonnenenergie im Themenfokus. Großes Potential sieht der Rat auch im Zusammenwachsen von Biotechnologie und IT, die er als Querschnittsthema empfiehlt. Weiterhin sollen verstärkt Investoren, Technologiefolgenabschätzer und andere Akteure des Innovationssystems den gesellschaftlichen Wandel befeuern. Zugleich sollen neue Evaluierungsmethoden gefunden werden, die die Folgen der Transformation ganzer Wertschöpfungsketten zeitnah erfassen und bewerten <

- die internationale Zusammenarbeit und den Dialog auf politischer, Industrie- und Hochschulebene forcieren und alle relevanten Beteiligten ins Gespräch bringen,
- gute Bedingungen für Investitionen in kohlenstoffarme Treibstoffe und die Bioökonomie schaffen,
- die Wahrnehmung für die Bioökonomie und Biosprit verbessern und Analysen zum Status quo, Potential und Zukunft liefern
- die Forschung fördern, Forschungsbedingungen verbessern und Ergebnisse bekanntmachen sowie
- Nachhaltigkeitskriterien festlegen und entlang der Wertschöpfungskette etablieren.

Doch nicht nur die DACH-Minister brüskiert der nassforsche Vorstoß des Schwellenlandes Brasilien, das mit aller Macht seine Agrarproduktion industrialisieren will. Er greift auch laufenden politischen Bemühungen der Europäischen Kommission vorweg, Standards für die Biologisierung der Industrie zu schaffen. Als Mittel zum Zweck wollte Brüssel ein International Bioeconomy Forum (IBF) installieren. Doch jetzt zeigt sich, dass die EU-Hochbürokratie augenscheinlich zu langsam war.

Abgehängt

„Tatsächlich“, so räumt Gilles Laroche, führender Kopf der für die Bioökonomie-Strategie der EU zuständigen Generaldirektion Forschung, gegenüber *|transkript* ein, „hat die Kommission die Evaluierung und Neuausrichtung ihrer 2012 verabschiedeten Bioökonomiestrategie in den Herbst 2017 verschoben.“ Zwar hat Mitte November ein Verbund der zentral- und osteuropäischen Bioregionen in Vorgriff auf die EU-Bemühungen die Lodz Declaration on Bioeconomy verabschiedet – und empfiehlt, die in den EU-Strukturfonds schlummernden 20 Mrd. Euro zu mobilisieren, um die Bioöko-

nomie zunächst regional, später vernetzt und abgestimmt auszubauen. Doch schafft die brasilianische Initiative Fakten. Denn Biofuture soll ab sofort „die internationale Zusammenarbeit und Absprachen im Bereich kohlenstoffarme Treibstoffe sowie der grünen Kreislaufwirtschaft voranbringen, um entsprechende Potentiale beim Klima- und Umweltschutz zu heben“, heißt es. Die Mitglieder verstünden sich als „führende Staaten in Sachen Umsetzung der Bioökonomie“.

Teilnahme im zweiten Schritt?

Die bundesdeutsche Verbandsszene reagierte zunächst irritiert. Genau wie Hendricks, deren Ministerium allgemein eine Abneigung gegen die vom Forschungs- und Landwirtschaftsministerium geförderte Bioökonomie nachgesagt wird, hatten die BIO Deutschland oder die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) im VCI im Vorfeld nichts von Biofuture gehört. Doch dann macht sich Ärger über die Passivität der Politik in Sachen Bioökonomie Luft: „Die Politik wünscht Bioökonomie, Chemie und Biotech in Deutschland machen Bioökonomie. Die hiesige Politik stolpert aber immer wieder über Rahmenbedingungen und Programme, die auf Klein-Klein ausgerichtet sind und nicht auf internationale Wertschöpfungsnetze“, wettert DIB-Geschäftsführer Ricardo Gent gegenüber *|transkript*. Nötig sei eine internationale Ausrichtung der Bioökonomie, die nationale Besonderheiten berücksichtigt: Brasilien oder Malaysia hätten nachwachsende Rohstoffe, aber keine verarbeitende Industrie, so Gent. Die USA und Kanada seien rohstoffreich und industriell hochentwickelt im Bereich Kraftstoffe und Chemie. „Deutschland ist mit seiner bioverfahrenstechnischen Expertise zwar weltweit führend in der medizinischen und industriellen Biotechnologie, aber auf Importe von nachwachsenden Rohstoffen angewie-

sen. Übersetzt auf die nationale Bioökonomie-Strategie bedeutet das: Deutschland muss sich an der Biofuture-Plattform beteiligen“, findet der VCI-Mann. Auch der Industrieverband BIO Deutschland äußert sich enttäuscht: „Die Entwicklung und Produktion nachhaltiger Biokraftstoffe ist eine wichtige Brückentechnologie für den Mobilitätssektor. Biokraftstoffe werden helfen, um unsere in Paris gesteckten Klimaziele zu erreichen“, so Direvo-Chef Jörg Riesmeier, Leiter der AG Industrielle Bioökonomie, gegenüber *|transkript*. „Wir begrüßen die Initiative, Aktivitäten zu bündeln und Synergien zu schaffen. Es wäre ein gutes Signal gewesen, Deutschland mit an Bord zu nehmen.“

Brasilianische Diplomatie

Doch die Verantwortung für das Biofuture-Debakel liegt nicht bei Hendricks oder anderen Politikern. Sowohl das Bundesumweltministerium als auch die Bundesministerien für Forschung (BMBF) und Landwirtschaft (BMELV) ließen durchblicken, dass man erst „seit kurzem von der Biofuture-Initiative wisse“ und auch „nicht zur Teilnahme aufgefordert worden sei“. Nach Informationen von *|transkript* erfuhr auch die Mitglieder der im Verborgenen wirkenden interministeriellen Arbeitsgruppe Bioökonomie erst im Oktober von den Plänen.

Erste formale Kontakte mit den an Biofuture beteiligten Ländern wurden laut Renato Domith Godinho, Chef für Neue und Nachhaltige Energieressourcen im brasilianischen Außenministerium, Ende August aufgenommen. „Wir hatten uns entschieden, anfangs eine Gruppe von Ländern einzuladen, die Interesse und das Potential zeigten, die Biofuture-Ziele prioritär in ihren Strategien zur Energiewende umzusetzen.“ Die Zeit und die Ressourcen für eine breitere Ansprache von Ländern hätten gefehlt, man habe sich aber auch beschränken müssen, „um Entscheidungsprozesse und die Implementierung agil zu halten“, so Godinho gegenüber *|transkript*. „Wir wollten kein riesiges multilaterales Forum.“

Bioökonomie-Insider vermuten „in Kenntnis brasilianischer Arbeitsweisen“ keine böse Absicht hinter der „willkürlich wirkenden Länderauswahl“. Diese schränke aber zugleich auch den Wirkungskreis der Plattform ein, denn man müsse nun „den Staaten, die im ersten Zug nicht eingeladen wurden, adäquate Anreize bieten, um später beizutreten.“ Gleichwohl gilt es angesichts des Schreckschusses Brasiliens nun, sich nicht den Schneid bei der Biologisierung der Industrie abkaufen zu lassen und das Europa innewohnende wirtschaftliche Potential rasch zu heben.

t.gabrielczyk@biocom.de

Abb.: Laymanzoom/fofola.com

